

Caritas zu den Gemeinderatswahlen: „Es besteht Handlungsbedarf“

In Hinblick auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen hat sich die diözesane Caritas gemeinsam mit Mitarbeitern und Freiwilligen Gedanken gemacht, wo im sozialen Bereich besonderer Handlungsbedarf herrscht und welche die Herausforderungen sein werden, welche durch die Coronakrise noch akuter geworden sind.

Eine Gemeinde ist diejenige öffentliche Einrichtung, die den Bürgern am nächsten steht. Deshalb sind es auch die Gemeindeverwaltungen, welche die Bedürfnisse der Menschen am besten erkennen und wirksame Antworten darauf geben können, indem sie andere Gemeinden oder die Landesverwaltung einbinden, ebenso wie die Bürger und ihre Organisationen.

Die diözesane Caritas ist im ganzen Land präsent und Ausdruck der Zivilgesellschaft, und hat den Auftrag, die Gemeinschaft auf ihre grundlegenden Aufgaben hinzuweisen: aufnehmen, beschützen, voranbringen und integrieren.

Die Gemeinde als Teil des Gemeinwesens, der „res publica“ hat die Pflicht die Hindernisse wirtschaftlicher und sozialer Natur aus dem Weg zu räumen, welche die Freiheit und die Gleichheit der Staatsbürger einschränken, die volle Entfaltung der menschlichen Person verhindern sowie der wirksamen Teilnahme aller Arbeiter an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung des Landes im Wege stehen. (Artikel 3 der italienischen Verfassung)

Der Dienst am Nächsten darf nicht nur auf Institutionen und Professionelle abgeschoben werden. Wirklich wirksam ist dieser nur, wenn alle Ebenen der Gesellschaft in diesen eingebunden sind. Die Armut im eigenen Territorium zu beseitigen, ist spezifische Aufgabe der Gemeinden und der Bezirksgemeinschaften. Armut zu beseitigen bedeutet dabei nicht, die Armen zu beseitigen oder sie aus dem eigenen Territorium zu entfernen, sondern sich dahingehend um sie zu kümmern, indem die Ursachen der Armut beseitigt werden: indem man beispielsweise mit den Verantwortlichen des dritten Sektors in den Austausch tritt, einen Austausch auf gleicher Augenhöhe nach dem Prinzip der Subsidiarität. Und es müssen die Bürger und die Gemeinschaft dazu animiert werden, auch selbst Antworten auf die Bedürfnisse der Personen zu geben, wie zum Beispiel auf Menschen, die unter Einsamkeit oder sozialer Isolation leiden.

Man beobachtet manchmal, dass man Dienste für benachteiligte Bevölkerungsgruppen in manchen Ortschaften zunehmend in die Peripherie ansiedeln möchte. Soziale Dienste sollen hingegen im Stadt- bzw. Dorfzentrum bleiben, dort wo sich das Leben der Menschen abspielt und wo sie sie auch erreichen können und erreicht werden. Durch die Verlegung an den Stadtrand geht auch soziale Kontrolle verloren. Integration ohne Infrastruktur kann nicht funktionieren. Ausgrenzung und Stigma steigen und es entsteht die Gefahr einer Ghettobildung.

Paolo Valente, Caritas-Direktor

Soziale Herausforderungen für die Gemeinden

Die diözesane Caritas sieht in folgenden Bereichen wichtigen Handlungsbedarf für die Gemeinden:

1. Ausreichend Wohnraum und Unterkünfte auch für Schwächere

Wohnraum ist für Personen mit niedrigem Einkommen oder für große Familien zu teuer, es gibt nur wenige Arbeiterwohnheime. Die in Südtirol existierenden Einrichtungen sind nicht angemessen oder ausreichend. Für manche Personen gibt es in Südtirol überhaupt keine spezifischen Wohnmöglichkeiten, z.B. für Personen die außerhalb der Provinz eine Therapie abgeschlossen haben und zurückkommen, aber dann obdachlos sind.

Wer ist betroffen:

- Arbeiter mit prekären Arbeitsverträgen („working poor“)
- Kinderreiche Familien
- alleinerziehende Mütter
- junge obdachlose Menschen
- Migranten und ehemalige Asylwerber
- ältere psychisch kranke Menschen
- Suchtkranke
- Haftentlassene

Empfehlungen für die Gemeinden:

- Auf- und Ausbau von entsprechenden Wohnmöglichkeiten/Wohnheimen für genannte Personengruppen
- Die Bereitstellung von kleineren zentrumsnahen und fachlich begleiteten Wohneinheiten oder geschützten Wohnungen

2. Ausbau der Einrichtungen und Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit verschiedensten Beeinträchtigungen

Die Arbeitsintegration für Menschen mit physischen Beeinträchtigungen oder für suchtkranke Menschen ist eine notwendige Herausforderung. Gerade für sie bedeutet Arbeit Teilhabe an der Gesellschaft, stärkt das Selbstwertgefühl und schafft soziale Beziehung.

Wer ist betroffen

- Menschen mit physischen Beeinträchtigungen
- Suchtkranke

Empfehlungen für die Gemeinden

- Die Entwicklung neuer Modelle, z.B. Tutorials, welche die Betroffenen begleiten
- Einbindung von Freiwilligenorganisationen
- Übergemeindliche Zusammenarbeit
- Mehr und niederschwellige Beschäftigungsprojekte (evtl. in Verbindung mit Wohnbegleitung)

3. Bessere Bildungszugänge für Erwachsene und Migranten

In Südtirol gibt es keine Ausbildungszentren für Erwachsene wie die „Centri provinciali per l'istruzione degli adulti“ (CPIA) im übrigen Staatsgebiet und nur eine italienische Abendmittelschule. Für erwachsene MigrantInnen gibt es somit fast keine Möglichkeit, einen Schulabschluss nachzuholen.

Wer ist betroffen:

- Erwachsene ohne (anerkannten) Schulabschluss
- Migranten, darunter besonders viele Frauen

Empfehlungen für die Gemeinden:

- Migranten, besonders Frauen, bei Schulbildung und Berufsbildung unterstützen
- Übergemeindlicher Einsatz für den Ausbau der Erwachsenenbildung in ganz Südtirol

4. Mehr Unterstützungsangebote in der Pflege, der Hospizarbeit und Palliativversorgung

Aufgrund des demografischen Wandels werden immer mehr Menschen Pflege benötigen. Es gibt lange Wartelisten für Seniorenwohnheime, aber leider wenig Alternativen. Besonders im ländlichen Raum gibt es wenig Angebote für Tagespflege. Bei Kindern mit Behinderung ist meist die Mutter die einzige Pflegeperson, oft rund um die Uhr. Pflegenden Angehörige sind daher oft überlastet, vorallem wenn sie nebenbei noch arbeiten oder den Haushalt führen müssen. Landesweit gibt es nur 21 Palliativbetten (Bozen, Meran), nötig wären 36. Die Bemühungen und Ressourcen sind aktuell über verschieden öffentliche und private Akteure im Land verteilt. Eine besondere Herausforderung stellen auch schwierige Familiensituationen dar, sprich Familien in sozialen Notlagen, mit sprachlichen und schulischen Defiziten.

Wer ist betroffen:

- Pflegebedürftige (junge wie ältere) und ihre Angehörigen
- sterbende Menschen und ihre Angehörige
- ehrenamtlich Tätige

Empfehlungen für die Gemeinden:

- Qualitative und quantitative Verbesserung des Hauspflegeangebots sowie eine bessere Finanzierung.
- Coaching- Beratung für Angehörige, Unterstützung bei der Planung der häuslichen Pflege
- Alternative Wohnformen für Senioren: begleitetes, betreutes Wohnen, Generationenhäuser
- Mehr Angebote für Tages- Nacht-Wochenend-und Kurzzeitpflege in Wohnortnähe
- Ausbau der mehrstündigen Betreuung für Kinder mit Behinderung zuhause
- Entlastung der Familien durch flexible Angebote der Hauspflege auch an den Wochenenden und während der Ferienzeiten
- Mehr „FamilienhelferInnen“, auch stundenweise, für die konkrete Unterstützung mit Kindern (Erledigung der Hausaufgaben, Überbrückung in Krisenzeiten bei der Führung des Haushaltes)
- Flächendeckenden Aufbau und Vernetzung von Palliativ Care im häuslichen Umfeld
- Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit durch finanzielle Unterstützung bei Saalmieten, durch Öffentlichkeitsarbeit, z.B. zur Anwerbung von neuen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen (über die Gemeindeblätter) fördern

5. Mehr Angebote für die soziale Freiwilligenarbeit

Es gibt wenige Dienste und Möglichkeiten für Freiwillige mit besonderen Schwierigkeiten (psychische, gesundheitliche und ökonomische Probleme, mit Migrationshintergrund, usw.). Auch scheuen sich immer mehr Menschen, Verantwortung für ein leitendes Ehrenamt zu übernehmen (großer Zeitaufwand, Vereinbarkeit mit Beruf, zu viel Bürokratie). Vereine tun sich deshalb zunehmend schwer, neue Freiwillige zu finden, die über viele Jahre aktiv bleiben und verantwortungsvoll Ämter übernehmen.

Umgekehrt besteht ein Überangebot an sozialen Vereinen und Organisationen: Die Freiwilligen aber tun sich schwer, das Richtige für sich zu finden.

Wer ist betroffen:

An sozialer Freiwilligenarbeit Interessierte, sei es junge als auch ältere Personen.

Empfehlungen für die Gemeinden

- Integrationsprojekte für Freiwillige fördern und finanziell unterstützen
- Die Koordination und Begleitung von Freiwilligen fördern
- Die professionelle, hauptamtliche Begleitung und Koordination von Freiwilligen finanziell unterstützen
- Zusammenarbeit und Netzwerkarbeit gezielt fördern.

6. Förderung des Gemeinwesens gegen die Zunahme von Einsamkeit und seelischem Druck

In unserer Konsumgesellschaft lebt jeder zunehmend mehr für sich allein. Die Folge sind Einsamkeit und oft auch Verzweiflung. Menschen in seelischer Not machen nur selten auf sich aufmerksam. Außerdem fehlen niederschwellige, lokale Angebote z.B. für unfreiwillig vereinsamte Menschen. Dies kann zu gefährlichen Situationen bis hin zu Suizidalität führen.

Hier seien die Gemeinden gefragt, die Gemeinschaft dahingehend zu animieren (Stadt- und Dorfviertel, Kondominiumsbewohner) untereinander mehr und besser auf sich zu schauen, besonders auf die Schwächeren.

Wer ist betroffen:

- Die Bevölkerung allgemein
- einsame Menschen, vor allem Ältere.

Empfehlungen für die Gemeinden

- Sich proaktiv für das seelische Wohlbefinden aller BürgerInnen einsetzen, z.B. über Kampagnen und Veranstaltungen (besonders für Risikogruppen: Ältere, psychisch Kranke/Suchtkranke, Jüngere etc.)
- Einsame Menschen aktiv ansprechen und ins Gemeindegesehen einbinden
- Für besseren Umgang mit Menschen in Krisen sensibilisieren: Multiplikator/innen z.B. durch Schulungen in „Seelischer Erster Hilfe“ ausbilden (Netzwerk Suizidprävention).
- Projekte zur Förderung des Gemeinwesens